

Wien, 30.9.2020

## **Nein zu Kindern aus Moria: „So wollen wir Weihnachten feiern?“**

### ***Konferenz der Katholischen Aktion ruft zu Aufnahme eines fairen Kontingents von Flüchtlingen auf***

Die Konferenz der Katholischen Aktion Österreich (KAÖ) ruft die Bundesregierung auf, ihr kategorisches Nein zu einer Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Flüchtlingslager Moria endlich zu beenden. Es ist einfach beschämend, wenn im demokratischen Wohlfahrtsland Österreich im Jahr 2020 wochenlang ernsthaft darüber diskutiert werden muss, ob wir hundert unbegleitete Flüchtlingskinder aufnehmen und diesen jungen Menschen eine Zukunft bieten. Es lässt tief blicken, wenn das zum Himmel schreiende Schicksal der Frauen, Männer und Kinder in den Flüchtlingslagern nicht zumindest für einen Augenblick mehr zählt als politisches Kalkül.

Seit dem Brand von Moria am 9. September haben dutzende katholische Institutionen und Persönlichkeiten – die Bischöfe, die Orden, die Caritas, Organisationen der Katholischen Aktion – an die verantwortlichen Politiker appelliert, eine entsprechende humanitäre Geste zu setzen. Ebenso taten dies andere christliche Kirchen und Organisationen der Zivilgesellschaft. Verbunden damit waren auch zahlreiche konkrete Angebote, Flüchtlingen Unterkunft zu geben und sie zu betreuen. Sie sind bisher ignoriert worden. Stattdessen schüren jene Politiker und Parteien, die nach wie vor eine Aufnahme eines fairen Kontingentes von Flüchtlingen aus Moria ablehnen, Ängste vor einer neuen Flüchtlingswelle.

Wir wissen, dass Österreich und auch Europa als gesamtes das weltweite Flüchtlingsproblem nicht allein schultern und lösen kann. Aber als Österreicher und Europäer berufen wir uns auf die Menschenrechte, die Menschenwürde, auf ein christliches Menschenbild und christliche Werte, und das verlangt, dass wir das uns Mögliche tun. Im Blick auf die Menschen in den Flüchtlingslagern an den EU-Außengrenzen haben wir das uns Mögliche noch nicht ausgeschöpft! Dass die Regierung für die Soforthilfe vor Ort in Moria 400 winterfeste Unterkünfte und weitere Hilfsgüter zur Verfügung gestellt hat, ist zu würdigen; auch die Aufstockung des Auslandskatastrophenfonds auf 50 Millionen Euro. Es entbindet uns aber nicht von der Verpflichtung, den Flüchtlingen eine andere Lebensperspektive als jahrelanges Lagerdasein zu eröffnen.

Die EU-Kommission hat vorige Woche einen ersten Entwurf für einen neuen Migrationspakt vorgestellt. Manche Details des Entwurfes wie auch die ersten Reaktionen aus den EU-Mitgliedsländern bestätigen die Befürchtung, dass der Weg zu einer tatsächlich gemeinsamen, solidarischen europäischen Flüchtlingspolitik noch sehr weit sein wird. Umso mehr appellieren wir an die österreichische Regierung und die österreichischen EU-Abgeordneten, einer gemeinsamen Migrationspolitik nicht Steine in den Weg zu legen, sondern nach Kräften zu fördern.

In drei Monaten feiern wir Weihnachten. Im Weihnachtsevangelium wird von der Herbergssuche Josefs und Marias erzählt. In der Volkskultur, in den Advent- und Krippenspielen, ist diese Szene vielfältig aufgegriffen und ausgeschmückt worden – aus der Erfahrung heraus, wie schmerzlich es ist, keine Herberge, kein Zuhause zu haben. Als Katholische Aktion fragen wir: Eine Gesellschaft,

die es nicht schafft, einige hundert Flüchtlinge in Not aufzunehmen, will so ernsthaft Weihnachten feiern?

*Rückfragehinweis:*

*Mag. Josef Pumberger*

*Generalsekretär*

*Tel: +43 1 51611-1601*

*0664 6216979*